

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Kaben & Comp., Nr. 1208.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sachl. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Altmühl

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Woll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Raumzeitung 30 Goldpf., die 30 mm breite Beilagenzeitung 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsuchanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Briefunterlegung 10 Goldpf.

Nr. 150

Dresden, Montag den 30. Juni 1924

35. Jahrg.

## Die Schluß-Militärkontrolle

### Die deutsche Regierung stimmt der Kontrolle als der abschließenden Maßregel zu

Die deutsche Antwort auf die Militärkontrollnote der Entente-Mächte, die am Montag in Paris und London überreicht wurde, erklärt in ihrer Einleitung, die deutsche Regierung habe volles Verständnis für den Wunsch, die internationale Lage nicht gerade in dem Augenblick zu belasten, wo sie bei einer schnellen Durchführung des Sachverständigenurteils die Deckung auskommen läßt, daß eine endgültige Regelung der Reparationsfrage und damit zugleich die Grundlage eines allgemeinen und wirklichen Friedens zwischen den beteiligten Völkern gefunden werden kann.

Die Note erklärt dann: Es ist eine irdige Auffassung, wenn in den alliierten Ländern geglaubt wird, daß in Europa neue bewaffnete Konflikte zu befürchten seien durch die zunehmende Aktion deutscher Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen. Die deutsche Regierung kann und will nicht in Rede stellen, daß sich in Deutschland zahlreiche Organisationen befinden, die sich

#### die körperliche Erziehung der deutschen Jugend

zur Aufgabe sehen. Diese Organisationen gehen bei ihren Bestrebungen von dem Gedanken aus, daß die frühere allgemeine Wehrpflicht nicht nur einen militärischen, sondern auch einen hervorragenden erzieherischen Charakter hatte. Tatsächlich ist die Erziehung der Jugend zur Achtung vor den Befehlen, die Ordnung und Disziplin wesentlich durch die allgemeine Wehrpflicht gefördert worden.

Manche Erscheinungen der Gegenwart, die geradezu eine Vermehrung der Jugend erkennen lassen, müssen auf das Fehlen dieser militärischen Erziehung zurückgeführt werden. Jedes Volk wird mehr sein, sich eine gesunde Jugend heranzubilden. Gegenüber den Gefahren, die der Entwicklung der Jugend drohen, ist die Ausbildung des Körpers die beste Gegenwehr. Die große Entwicklung der sportlichen Gebiete, die in den anderen Ländern weit früher als in Deutschland vor sich gegangen ist, hat recht auch in Deutschland dazu geführt, daß in unserer Jugend der sportliche Geist in immer größerem Maße gepflegt wird. Die sportlichen und turnerischen Vereinigungen der deutschen Jugend in Verbindung mit militärischen Vorbereitungen zu bringen, ist daher nicht berechtigt. Damit wird der Geist der hier geübten Erziehung, der der Geist jeder gefunden Nation sein muß, völlig verkannt.

Das deutsche Volk lehnt den Gedanken an Krieg ab, und unter allen Umständen behält die deutsche Regierung die Absicht, die Wehrkraft als ebenso unumstößlich und unlosbar und ungeschwächt abzulehnen.

Demzufolge hat die Reichsregierung sich auch ernstlich bemüht, bei der Einmündung gewisser politischer Verbände, die mit den Turn- und Sportvereinen nicht verwechselt werden dürfen, rücksichtslos durchzugreifen, so daß von einer ernsthaften Bewaffnung dieser Verbände nicht mehr die Rede sein kann. Damit will die deutsche Regierung aber nicht verhehlen, daß

im deutschen Volk eine tiefgehende Erbitterung über die gegenwärtige Lage in Deutschland herrscht, eine Erbitterung, die sich in Protesten und Demonstrationen Luft macht. Diese Erbitterung der deutschen Bevölkerung kann niemand überraschen, der sich vor Augen hält, was Deutschland in den Jahren nach dem Kriege erdulden mußte. Es liegt der deutschen Regierung fern, Bündnisse der Vergessenheit aufzubrechen, aber sie muß darauf hinweisen, daß diese ganze Bewegung niemals eine solche Ausdehnung und niemals einen solchen Charakter erhalten hätte, wenn man Deutschland gegenüber von vornherein eine Politik der Verständigung getrieben und ihm die gleichberechtigte Mitarbeit zugestanden hätte.

Daß man dem deutschen Volk gegenüber jede Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Fähigkeiten, vor allem jede Rücksicht auf sein berechtigtes Selbstgefühl hat vermissen lassen, einem Lande, das mit demselben Stolz an seiner Geschichte hält wie andere Nationen, das konnte nicht ohne Rückwirkung bleiben. Manche Neuerungen von Staatsmännern der alliierten Mächte lassen darauf schließen, daß sich die Erkenntnis dieser Zusammenhänge Bahn zu brechen beginnt. Mit um so größerem Rechte glaubt die deutsche Regierung ihrerseits hervorheben zu müssen, daß hier die Tatsachen der Ursachen derjenigen Bewegung liegen, die in dem Schreiben an den Herrn Reichskanzler beklagt werden.

Die Note weist dann darauf hin, daß Deutschlands Armee und technische Ausrüstung geringer ist als die kleinerer Staaten und daß es in eine Waffenlosigkeit „ohne Gleichen in der Geschichte der Völker“ versetzt ist. Das deutsche Volk kann es deshalb nicht erdulden, daß man vor Augen führt, die an sich schon etwas ganz Verwerfliches hat und die überdies im Vertrag von Versailles heute nicht mehr begründet erscheint. Sie glaubt, daß die deutsche Bevölkerung, soweit sie anerkanntermaßen zu einer bestimmten Zeit durchgeführt war, für die Internationalisierte Militärkontrollkommission ungenügend ist.

Die öffentliche Meinung Deutschlands lehnt sich gegen eine erneute Kontrolle seitens der Internationalisierten Militärkontrollkommission deshalb auf, weil ihr diese Kontrolle einen ständigen Eingriff in die Reichsinneren zu Augen führt, die an sich schon etwas ganz Verwerfliches hat und die überdies im Vertrag von Versailles heute nicht mehr begründet erscheint. Sie glaubt, daß die deutsche Bevölkerung, soweit sie anerkanntermaßen zu einer bestimmten Zeit durchgeführt war, für die Internationalisierte Militärkontrollkommission ungenügend ist.

zum Schluß betont die Regierung, daß sie die Kontrolle nicht, da die Alliierten versicherten, daß das die letzte, die abschließende Kontrolle sei.

Bei Schluß der Redaktionen lag der zweite Teil der deutschen Antwortnote noch nicht vor.

## Genossenschaft und Sozialismus

In den letzten Jahren haben die Arbeitermassen Deutschlands eine harte Leidenszeit durchgemacht. Unendlich schwer hat das deutsche Volk an den Nachwirkungen des Krieges, der Niederlage und des Friedensvertrages gelitten. Die deutschen Arbeiter wurden mit Löhnen abgeseift, die auch für den elendsten Kuli zu niedrig gehalten waren. Dazu kamen zeitweise Perioden mehr großer Arbeitslosigkeit, und besonders die letzten Monate des Jahres 1923 brachten uns eine noch nie gekannte Arbeitslosigkeit und damit ein unerhörtes Massenelend, das viele hunderttausende Arbeiterfamilien dem ärgsten Hunger auslieferte. Von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre, die auf Krieg, Niederlage und Friedensvertrag zurückzuführen sind, soll aber hier nicht näher gesprochen werden. Auch vor dem Kriege, als der normale Lauf der Kapitalwirtschaft noch nicht durch den Krieg gestört war, litten die Massen auf schwerster unter dem Mangel einer zweckmäßigen Organisation der Güterherstellung und Verteilung. Alle paar Jahre wurde unsere Wirtschaft durch schwere Krisen erschüttert. Überall, wo wir in die kapitalistische Gesellschaft hineingehen, finden wir eine Verschwendung von Gütern und Arbeitskräften, durch die der Erfolg der Arbeit der Völker stark beeinträchtigt wird. Nicht nur die ungleiche Verteilung des Produktionsertrages, sondern in noch höherem Grade diese sinnlose Vergeudung ist schuld daran, daß heute die proletarischen Massen ein kaum menschenwürdiges Dasein führen können. Nicht nur, daß der Proletarier, auch wenn er Arbeit hat, kaum so viel verdient, daß er seine wichtigsten Bedürfnisse befriedigen kann, seine Existenz ist meist nicht einmal gesichert. Er muß jederzeit fürchten, daß ihm die Schwankungen der Konjunktur in Arbeitslosigkeit und damit in das tiefste Elend hinabstoßen. Demgegenüber ist die Kulturbewegung des modernen Proletariats den Sozialismus. An die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer Anarchie soll eine planmäßig geordnete Wirtschaft treten, in der an die Stelle des Privateigentums das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln tritt. Während der kapitalistische Unternehmer in der Regel für den freien Markt produziert, oft ohne daß er vorher weiß, ob er Absatz finden kann, will der Sozialismus eine Bedarfswirtschaft aufbauen, in der alle wirtschaftliche Tätigkeit darauf gerichtet sein soll, den Bedarf aller Glieder der menschlichen Gesellschaft so gut und so zweckmäßig wie möglich zu befriedigen. Der Verwirklichung des Sozialismus stehen sehr viele wirtschaftliche und politische Hemmnisse entgegen, und der Plan der sozialistischen Gesellschaft liegt nicht in seinen Einzelheiten klar vor uns. Es gilt, Erfahrungen darüber zu sammeln, wie eine sozialistische Wirtschaft am besten geschaffen und ausgestaltet werden kann. Der Versuch in Rußland, in kurzer Zeit eine sozialistische Wirtschaftsordnung aufzurichten, hat dem russischen Volke sicher nicht zum Heil gereicht. Deshalb kommt es darauf an, daß wir Schritt für Schritt versuchen, der kapitalistischen Gesellschaft Boden abzuräumen. Es gibt kein Universalmittel, mit dessen Hilfe wir zum Ziele kommen können, sondern wir müssen eine Vielfalt von Mitteln anwenden. Wenig Zweck hat es, darüber zu streiten, ob dieses oder jenes Mittel mehr Aussicht auf Erfolg verspricht, es ist notwendig, daß wir von jeder Möglichkeit, vorwärts zu kommen, Gebrauch machen.

Eine von den Waffen, die wir im Kampfe für den Sozialismus anwenden müssen, ist die Genossenschaft. Die Genossenschaften wollen, soweit das innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist, schon jetzt das Prinzip anwenden, das in einer sozialistischen Gesellschaft herrschend sein soll. Sie suchen für ihre Waren nicht Absatz auf dem freien Markt, sondern sie lassen erst die Verbraucher zusammen und wollen dann deren Bedarf befriedigen. Sie haben fast überall mit der Verteilung der Waren begonnen. Jetzt aber verfügen die Konsumgenossenschaften in den modernen Kulturländern, so besonders in England, Deutschland, Dänemark, Belgien, über eine große Reihe von Fabriken aller Art, Mühlen, Webereien und anderen Produktionsstätten. In Deutschland ist die Konsumgenossenschaftsbewegung noch verhältnismäßig jung. Ihre Entwicklung ist durch die wirtschaftlichen Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit unterbrochen oder wenigstens arg gehemmt worden. Sowie unser Wirtschaftsleben in leidlich ruhigen Bahnen verläuft, wird die Eigenproduktion der Genossenschaft noch gewaltig erweitert werden können. Die Konsumgenossenschaften werden nicht geleitet von dem Streben nach möglichst hohem Profit, sondern eben nur von dem Ziel, den Bedarf ihrer Mitglieder so gut als möglich zu decken. Durch die Konsumgenossenschaften, auch wenn sie sich streng von aller politischen Betätigung fernhalten, wird ein Stück Sozialismus verwirklicht. Dabei bedeuten die Konsumgenossenschaften auch bei völliger politischer Neutralität eine Stütze für den politischen Kampf des Proletariats. Das wirtschaftliche Macht auch politische Macht ist, das haben gerade die Ergebnisse der letzten Jahre so reichlich gezeigt. Je mehr sich die Arbeiterchaft auf wirtschaftliche Organisationen stützen kann, desto größer wird auch ihre Stützkraft im politischen Kampfe sein.

Die Konsumgenossenschaften aber können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn ihnen durch die Massen die nötige Unterstützung zuteil wird. Es ist der sozialistischen Sache noch wenig gedient, wenn in Versammlungen den Worten des sozialistischen Redners Laufende zuzuheln. Es kommt

## Die neueste K.=P.=Parole

Paul Moskauer Anweisung soll in der Woche vom 27. Juli bis 4. August eine sogenannte Antifriesenwoche in Szene gesetzt und gleichzeitig gegen die Annahme des Sachverständigenurteils ein Feldzug unternommen werden. Die nähere Anweisung dazu gibt das politische Bureau der K. P. D. heraus. Nachdem in dieser Anweisung darauf hingewiesen wird, sich mit allen Organisationen, auch bürokratischen, die gegen einen neuen Krieg eingestellt sind, vor allem mit den verschiedenen „Soldatenorganisationen“ in Verbindung zu setzen, wobei selbstverständlich die internationale Arbeiterhilfe nicht fehlen darf, soll der Kampf gegen die verurteilte Sozialdemokratie lo durchgeführt werden:

„Funktionär- und Mitgliederversammlungen in den Ortsgruppen und Distrikten mit der Tagesordnung: „Unsere Kampagne gegen das Sachverständigenurteil und unsere Kampagne gegen imperialistischen Krieg und passivistischen Schwindel.“ (Aufgabe genauer Anweisungen der Bezirksleitungen.)  
Besondere Referenzzusammenkünfte, politische Durcharbeitung der Vertriebsstellen für die Sachverständigenurteilskampagne.

Gesamtbetriebszellenbildung in den größeren Ortsgruppen. Zellensammlungen mit den beiden Referenten der Partei.  
Anfang Juli Bekretzung eines Abteilungsabends mit Betriebszellenmitgliedern für den ganzen Bezirk.

14. Juli bis 19. Juli.  
Die Kampagne, vorbereitet durch den inneren Parteiapparat vom 30. Juni bis 12. Juli (siehe oben) wird nunmehr in die Betriebe selbst hineingetragen. Betriebsversammlungen, Betriebsratversammlungen, Eisenbahner-, Beamten-, Angestellten-, Frauen-Versammlungen gegen das Sachverständigenurteil unter Ausnutzung der entstehenden wirtschaftlichen Bewegungen.

Rein Wohlfühlend in ganz Deutschland darf in diesen Tagen ohne Betriebsversammlungen bleiben. Ausgabe von Material durch die Bezirksleitungen für diese Versammlungen.

21. Juli bis 26. Juli.  
Die Kampagne gegen das Sachverständigenurteil wird in den Wohnbezirken geführt: Arbeitskreis, öffentliche Versammlungen mit anschließenden Umzügen und speziellen Themen, zum Beispiel: Sachverständigenurteil und Deutschnationale usw.

Spätestens in dieser Woche Veranlassung des Wortplakates, des Zentral-Appropos, zum Sachverständigenurteil liefert, und des Bildplakates zum 8. August.

27. Juli bis 4. August.  
Durchführung der „Internationalen Woche“.  
Wir verweisen auf das Rundschreiben der Exekutive der Kommunistischen Internationale Nr. 1028, das an alle Ortsgruppen herausgegeben wird.

Verbindung der „Internationalen Woche“ mit einer großzügigen Werbung neuer Mitglieder für die Partei und Abonnenten für die Presse.

Durchführung eines genauen Arbeitsplanes für die „Woche“ durch die Bezirksleitungen, der vorher ausgearbeitet und genau durchgesprochen werden muß.

Land-, Hof-, Straßen- und Betriebsorganisation mit Flugblättern, Transparenten, Gesangs- und Musikkolonnen.

Funktionär-, Mitarbeiter-, Betriebszellenmitgliederversammlungen und öffentliche Versammlungen zur Vorbereitung der großen Demonstration am 3. August.

Besondere Hervorhebung der Arbeitervereine (Sports, Wanders, Gesangsvereine usw.) für die Demonstrationen. Vorher mit den Sportlerzellen und Vereinen.

Ganz besondere Wichtigkeit muß in der „Woche“ auf die Zusammenarbeit mit den Kriegsverletztenorganisationen gelegt werden. Keine Versammlung in der „Woche“ ohne Auftreten von Kriegsverletzten. Keine Demonstration ohne Voranmarschieren der Kriegsverletzten und Kriegerverblichenen.

Wir beneiden die Organisationen der Kriegsverletzten wahrlich nicht um die Annahme, die ihnen als Stoßtrupp bei diesen Demonstrationen zuadacht ist. Erinnerung sei nur an die vor einem Vierteljahr erfolgte Anweisung für solche Demonstrationen, wonach auf eine gewalttätige Auseinandersetzung mit der Polizei hinzuwirken ist. Einleitend in dieser Anweisung heißt es dann auch: „Die Woche darf unter keinen Umständen den Charakter formidierbarer Demonstrationen tragen.“

Und an anderer Stelle: „Am Rande dieser Woche muß dem imperialistischen Krieg klar und deutlich der Widerstand entgegengeteilt werden.“

Mit anderen Worten: Die K. P. D. veranstaltet eine Woche von Provokationen, die den Widerstand als Ziel haben. Die sozialdemokratische Arbeiterchaft wird dieser Politik des Wahnsinns überall entgegenzutreten, wo die Möglichkeit dazu besteht.